Abonnementspreis
für Bielefeld, sowie bei sämtlichen Agenturen frei ins Haus gebracht 1,80 Mk. vierteljährlich; durch die Post bezogen 1,80 Mk.
Einzelnummer 10 Pfennig.

Erscheint wöchentlich sechsmal als Abendzeitung.

Für die Redaktion verantwortlich: Carl Hoffmann in Bielefeld.

Volkswacht

Organ für das arbeitende Volk.

Druckerei, Expedition und Redaktion: Schulstraße 20.

Insertionspreis
für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 10 Pfg.
Bei größeren Aufträgen und Wiederholungen Rabatt.

Annoncen-Annahme bis 10 Uhr vormittags.

Druck und Verlag der Buchdruckerei und Buchhandlung „Volkswacht" Schumann & Co., Bielefeld.

Nr. 42. Bielefeld, Mittwoch, 19. Februar 1896. 7. Jahrgang.

Deutscher Reichstag.

43. Sitzung vom 18. Februar 1896, mittags 1 Uhr.

Am Bundesratstische bei Beginn der Sitzung niemand.

Präsident von Buol eröffnet die Sitzung.

Auf der Tagesordnung steht zunächst der Antrag Auer betr. das Vereins- und Versammlungsrecht und das Recht der Koalition in Verbindung mit dem Antrag Ancker (FVp.) betr. das Vereins- und Versammlungswesen.

Abg. Rickert (FVg.): Nach der im wesentlichen ablehnenden Haltung des Zentrums sei wenig Aussicht vorhanden, daß in dieser Session etwas Positives zu Stande komme. Trotzdem beantrage er die Ueberweisung der Anträge an eine Kommission. Die Kommission solle den ausdrücklichen Auftrag erhalten, ein Vereinsgesetz auszuarbeiten. Im höchsten Grade bedauerlich sei es, daß die Regierung heute wieder durch Abwesenheit glänze und so wenig Verständnis für die ganze Frage zeige. (Minister von Bötticher erscheint im Saale.) Die Resolution des Zentrums sei zu schwächlich, sie gebe nicht einmal die Richtung an, in welcher das Vereinsgesetz revidiert werden solle. In Württemberg bestehe das freieste Vereinsgesetz und die Sozialdemokratie sei die kleinste Partei in diesem freien Lande. Die Frau müsse eine würdigere Stellung im deutschen Vereinsrecht angewiesen erhalten. Mit Bibelstellen, wie es Herr Schall that, sei heute nichts mehr zu beweisen. Die kleinen Chikanen stärkten nur die Thatkraft der Sozialdemokratie. Nur eine volkstümliche Politik sei der beste Schutz für die bestehende Gesellschaftsordnung. (Beifall links.)

Staatssekretär v. Bötticher will auf die materielle Seite der Anträge nicht eingehen. Er wolle nur den Vorwurf der Lässigkeit, den Abg. Rickert der Regierung gemacht habe, zurückweisen. Der Artikel 4 der Verfassung lege der Regierung durchaus keine Verpflichtung auf, ein Reichs-Vereinsgesetz zu schaffen. Eine Verständigung werde nur sehr schwer zu ermöglichen sein. Die Regierungen vieler Bundesstaaten seien mit den Landesgesetzen durchaus zufrieden. Gegen die Kommission habe er nichts zu erinnern. Schaffe die Kommission ein Gesetz und finde es die Regierung nach alle[illegible] gut, so werde sich der Bundesrat nicht dagegen sträuben. Die Ueberzeugung, daß das Gesetz gut sei, müsse dem Bundesrat freilich erst beigebracht werden. (Heiterkeit.)

Abg. Frhr. v. Stumm (Rp.) glaubt nicht, daß eine Verständigung möglich sein werde, besonders nach den Erfahrungen bei der Umsturzvorlage nicht in diesem Reichstage. Es sei ein Irrtum, daß das freie Gesetz des einen Bundesstaats auch für den andern passe. In politische Versammlungen gehören weder Unmündige noch die Frauen, das sage er, obwohl er gern den Frauen weitere Rechte namentlich in vermögensrechtlicher Beziehung einräumen wolle. Der Abg. Auer habe zu seinem Eideshelfer den Professor Delbrück angeführt. Herr Delbrück hat allerdings früher meiner Fraktion angehört, er ist aber jetzt so sehr ins sozialistische Fahrwasser eingelenkt, (Heiterkeit) daß er sich wohl selbst nicht mehr zu meiner Partei rechnen wird. Wegen Streichung der Worte des preußischen Vereinsgesetzes, die sich auf das Inverbindungtreten der politischen Vereine beziehen, würde er mit sich reden lassen, aber es müßten Kautelen geschaffen werden, damit der „Umsturz" verhindert würde, mit dieser erweiterten Freiheit Mißbrauch zu treiben. Doch das gehöre in den Landtag. Die Sozialdemokraten thäten zwar so, als hätten sie sich aus einer Revolutionspartei in eine Reformpartei gemausert. Bei näherem Zusehen müsse man bemerken, daß dies nicht der Fall sei. Vor einem Jahre habe Abg. Auer gesagt: Wir werden sein, was wir waren; wir waren, was wir sind. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Damit hat er all die umstürzlerischen, revolutionären Aeußerungen gut geheißen und anerkannt, die ich als Auslassungen von Sozialdemokraten aus früherer Zeit bei der Umsturzvorlage zitiert habe. (Lachen b. d. Sozialdemokraten.) Für die revolutionäre Tendenz der Sozialdemokratie spricht auch der Fanatismus, ich möchte sagen, der krankhafte Paroxismus, mit dem Abg Bebel die Armee gestern hier angegriffen hat. Dafür spreche auch der rote Wandkalender des „Vorwärts", der die größten Schandthaten der Geschichte verherrlicht und nicht einen patriotischen Gedenktag nenne. Damit sei erwiesen, daß die Sozialdemokratie die blutige Revolution (Huh! huh! bei den Sozialdemokraten) und auch die Mittel dazu wolle. Die Auslassungen der „Hamburger Nachrichten" über die gegen die Sozialdemokratie einzuschlagende Taktik seien durchaus menschenfreundlich gewesen (Gelächter bei den Sozialdemokraten), sowie der Arzt menschenfreundlich handle, der ein Geschwür steche, um nicht den ganzen Arm verseuchen zu lassen. Den Auerschen Angriff gegen Bismarck habe der Abg. Schall zu liebenswürdig zurückgewiesen. Es sei eine Schande, daß so etwas von Bismarck gesagt werden dürfe, dem die deutsche Arbeiterklasse zu unauslöschlichem Dank verpflichtet sei, weil er mehr für sie gethan, als irgend eine Partei. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Marquardsen (natl.): Die Art, wie der Abgeordnete Auer den Fürsten Bismarck angegriffen habe, sei nicht mehr ein Kampf mit ehrlichen Waffen. (Unruhe links.) Es sei nutzlose Arbeit, wenn der Reichstag den vorliegenden Vorschlägen näher treten wollte, die nicht die richtige Grundlage für eine Reform des Vereinsrechtes böten, da sie keine Garantie gegen den Mißbrauch dieses Rechtes enthielten. Auch darin gingen die beiden Anträge zu weit, daß sie den Frauen und Minderjährigen die Teilnahme an politischen Vereinen gestatten wollten. Die Initiative zu einem immerhin erstrebenswerten gemeinsamen Vereinsgesetze für Deutschland müsse der Regierung überlassen bleiben. Die Nationalliberalen würden deshalb für den Antrag des Zentrums stimmen.

Abg. von Dziembowski (Pole) steht den beiden Anträgen sympathisch gegenüber, verkennt aber die Bedeutung der Einwürfe nicht, die hier dagegen erhoben worden sind. Eine Kommissionsberatung sei deshalb zu empfehlen.

Abg. Iskraut (Antis.): Die deutschsoziale Reformpartei verdanke ihr Emporkommen dem bestehenden Vereins- und Versammlungsrecht; zu den vorliegenden Anträgen aber verhielte sie sich ablehnend. Seine Partei habe kein Interesse an einem einheitlichen Vereinsgesetz, denn sie habe Wahlsiege unter dem preußischen und dem sächsischen Vereinsgesetz errungen. Auf das Vereinsrecht komme es also weniger an, als auf die Macht der Gedanken, um Wahlerfolge zu erringen. Daß die Sozialdemokratie, die die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung negiere, hier einen Gesetzentwurf einbringe, also ein Gesetz verlange, das der von ihr negierte Staat ausführen solle, könne er (Redner) überhaupt nicht begreifen. (Rufe bei den Sozialdemokraten: Dafür können wir doch nicht! Große Heiterkeit.) Seine Partei könne schon deshalb nicht für die Anträge stimmen, weil den Frauen darin zu weitgehende Rechte eingeräumt würden. Auf diesem Wege würde man schließlich zu den grauenhaften eherechtlichen Verhältnissen gelangen, die Nordamerika aufweise. (Lachen links.) Ihr (zur Linken) höhnisches Lächeln beweist nichts.

Vizepräsident Schmidt: Ich kann nicht zugeben, daß Sie auf eine Partei dieses Hauses den Ausdruck „höhnisches Lächeln" anwenden.

Abg. Iskraut fährt fort, von häufigen Zurufen unterbrochen, gegen die Sozialdemokraten zu polemisieren, und wirft ihnen besonders vor, daß sie bei jeder Gelegenheit jüdische Geschäftspraxis verteidigen.

Vizepräsident Schmidt: Ich muß den Herrn Redner ersuchen, hier nicht von jüdischer Geschäftspraxis, sondern über das Vereins- und Versammlungsrecht zu sprechen.

Abg. Iskraut: Dann bitte ich, die beiden hier zum Vereins- und Versammlungsrecht gestellten Anträge abzulehnen.

Minister des Innern v. d. Recke: Ich würde es für besser gehalten haben, wenn man in den jetzigen Zeitläuften, wo der Zündstoff überall angehäuft ist, dies Thema nicht ohne Not und ohne zwingende Veranlassung in so ausführlicher Weise hier erörtert hätte (sehr richtig rechts). Die Antragsteller beider Parteien werden wohl kaum der Meinung sein, daß auf grund ihrer Anträge ein brauchbares, den Bundesregierungen zusagendes Vereinsrecht zustande kommen kann (sehr richtig rechts). Ich habe aber nur das Wort ergriffen, um mich gegen den versteckt und offen erhobenen Vorwurf zu wenden, die preußische Regierung handhabe das Vereinsgesetz in willkürlicher und tendenziöser Weise. (Abg. Singer: Aber das ist ja notorisch!) Gegen diesen Vorwurf muß ich energischen Widerspruch einlegen (Beifall rechts). Ich will nicht leugnen, daß hier und da Verstöße vorkommen mögen; ich stehe zu lange im Verwaltungsdienst, um das nicht aus Beschwerden zu wissen. Zu Ehren der preußischen Beamten aber muß ich sagen, daß die Zahl

---

Nach Sibirien verbannt.

Erzählung von Friedrich Thieme.

71 (Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.)

„Die Folgen werden unberechenbar sein. Hunderte von Familien werden ins Unglück gestürzt, Kinder ihrer Eltern, Eltern ihrer Kinder, Frauen ihrer Männer beraubt — und sicher sind unter den zahlreichen Zuschauern doch eine große Menge Unschuldiger."

„Hat Jehova danach gefragt, als er Sodom und Gomorra verbrannte?" fragte Onisof finster.

„Wir selbst werden verloren sein."

„So sicher, als habe das Gericht unser Todesurteil ausgesprochen", sagte der Verschwörer. „Doch kommen Sie, ich will Ihnen die nötigen Unterweisungen geben."

Länger als eine Stunde weilte Borodin noch bei dem furchtbaren Manne, der weder Mitleid noch Furcht kannte, wenn es galt, seine Theorien in Thaten umzusetzen, der aber, wie sich Borodin bald überzeugte, eine so harmlos-gutmütige Natur war, daß er nicht im Stande gewesen sein würde, eine Taube zu schlachten, oder einem Kinde wehe zu thun.

Er wußte nicht, sollte er ihn als Wahnsinnigen bemitleiden oder als Verbrecher verachten.

„Das eine aber wußte er bestimmt, als er nach Ablauf der angegebenen Zeit erleichternd aufatmend das mysteriöse Haus verließ, um auf den Rat Onisofs vor der Aktion noch sein „Testament" zu machen, d. h., seine irdischen Angelegenheiten zu ordnen, daß er diese That unter allen Umständen verhindern müsse.

Mag auch, sagte er sich, selbst die Taktik der Gewalt unter gewissen Verhältnissen sich rechtfertigen lassen, verwerflich ist auf alle Fälle die grausame Massenhinrichtung Unschuldiger, die nichts anderes ist, als die Heilung eines körperlichen Uebels durch einen Selbstmord.

Der junge Offizier hatte an diesem Morgen noch nichts genossen, aber er verspürte weder Hunger noch Durst, so aufgeregt war er, eiligen Schrittes begab er sich nach dem Polizeigebäude und suchte um eine sofortige geheime Audienz beim Polizeichef nach . . . .

Mehrere Stunden waren vergangen und es mochte bereits nahe an zwölf Uhr sein, als wiederum ein Mann an die Thür des düsteren Hauses in der Straße klopfte.

Wieder erschien die Matrone am Fenster und fragte nach seinem Begehr.

„Wie befindet sich Onisof?" fragte der Fremde.

„Ich danke, er geht spazieren", gab die Alte sacht zurück.

„Ich bringe ihm die Einlaßkarten", sagte der Mann mit einem scheuen Blick auf seine Umgebung, „öffnet schnell, ich möchte nicht erkannt sein."

Die Matrone nickte verständnisvoll und eilte an die Thür, hastig deren Flügel zurückschlagend.

Aber in demselben Augenblicke fühlte sie sich fest von zwei kräftigen Armen umschlungen, der blanke Stahl eines Dolches blitzte vor ihrer Stirne und eine Stimme sagte leise: „Ein Wort und du bist eine Leiche!"

Gleichzeitig drangen mehrere bewaffnete Männer in das Haus und unterwarfen es einer sorgfältigen Untersuchung.

Alle Zimmer waren leer, die Alte schien die einzige Bewohnerin. Nirgends fand sich etwas verdächtiges.

Die Matrone bemerkte mit Befriedigung dieses negative Resultat, in der sicheren Zuversicht, daß die Häscher den verborgenen Schlupfwinkel im oberen Stockwerke unter keinen Umständen auffinden könnten.

Auf einmal erblaßte sie — sie sah, wie drei Männer geradenwegs nach dem Boden hinaufstiegen und hörte, wie einer von ihnen halblaut ausrief:

„Es ist die Tapetenthür links."

Thränen traten plötzlich in ihre Augen, der Nihilist, welcher sich da oben verborgen hatte, war ihr Sohn! Sie hatte nie geweint, als sie vernommen hatte, daß er den Opfertod für das erleiden wollte, was er seine „Ideen" nannte, im Gegenteil, sie war stolz auf seinen Entschluß gewesen, obgleich sie nach seinem Tode arm und verlassen dastand — aber jetzt, wo sie ihn auf eine solche Weise verlieren sollte, weinte und klagte sie — das ist die Macht der Idee, die gleich gewaltig auf die Menschen wirkt, ob sie nun auf Wahrheit oder Irrtum basiert!

Wenige Minuten später schleppten die Polizeisoldaten Onisof gebunden herab. Der kühne Verschwörer war im Schlafe überrascht worden. Er schlief ruhig und fest, obgleich er vor der Ausführung eines Werkes stand, das seine eigene Vernichtung in sich einschloß. Auch jetzt noch war sein Gang sicher, sein Haupt stolz aufgerichtet und auf seinen Lippen schwebte ein verächtliches Lächeln, nur als er an seiner weinenden Mutter vorüberschritt, überflog ein Ausdruck des Mitleids sein eisernes Gesicht . . . .

Am andern Morgen treffen wir Borodin, wie er in ehrerbietiger Haltung vor einem hochgewachsenen, finster blickenden Manne in Generalsuniform steht, der ihn mit Neugier und Teilnahme zugleich betrachtet.

Borodin hatte eben in kurzer, bescheidener Form über sein gestriges Abenteuer Bericht erstattet.

„Sie sind ein mutiger Mann", nahm der stattliche Mann in Uniform das Wort, als der junge Offizier geendet hatte, „ich bin Ihnen zu großem Dank verpflichtet. Ohne Ihr kühnes Unternehmen würde ich heute vielleicht nebst hundert Anderen nicht mehr unter den Lebenden weilen. Sie sind einer meiner Offiziere?"

„Ja, Majestät."

„Wie kommen Sie hierher nach Perm?"

Borodin erzählte offen, daß er auf der Reise nach Sibirien begriffen sei und weshalb er hinreisen wollte.

Des Kaisers Auge umflorte sich bei der Erwähnung eines politischen Klubs.

„Ich erinnere mich", sagte er, indem er den Offizier durchdringend anschaute, „Sie sind jener Offizier, welcher in derselben Angelegenheit schon mehrfach um persönliche Audienzen bei mir nachgesucht hat."

„Ja, Majestät."

„Die ich Ihnen abschlug, weil ich Ihre Sympathien für jene Umstürzler für unberechtigt erachtete."

„Sie sind nicht unberechtigt, Majestät. O, wenn Sie ahnten, welche wertvollen Menschen das Land in jenen Verbannten verloren hat!"

Borodin entwarf ein begeistertes Bild Volkhofskis, Sophias und der Uebrigen.

(Fortsetzung folgt.)

dieser Verstöße in gar keinem Verhältnis zu der gewaltigen Zahl von Versammlungen steht, die täglich zu überwachen sind. Aus der kleinen Anzahl Verstöße aber den Vorwurf der tendenziösen Handhabung des Gesetzes gegen die Regierung zu erheben, das ist unbillig, ungerecht und unklug. (Widerspruch links, Zustimmung rechts.) Die preußische Regierung wird das bestehende Gesetz nach wie vor loyal handhaben (Lachen bei den Soz.), sie wird es aber auch fest handhaben, denn die jetzigen Zeitläufte erfordern es (sehr richtig rechts). Zum Erweise der angeführten Behauptung ist hier eine ganze Reihe von Fällen vorgetragen worden, die mir ihrer Mehrheit nach unbekannt sind, zum Teil noch der instanzenmäßigen Prüfung unterliegen. Nur auf zwei Fälle will ich ganz kurz eingehen. Der eine betrifft die Schließung der sozialdemokratischen Vereine in Berlin im Dezember v. J., die sehr viel mehr Staub aufgewirbelt hat, als die Sache verdient (Lachen links). Zwei Argumentationen werden bei diesem Fall angewandt. Einmal sagt man, die Maßregel ist durchaus gesetzlich, sie ist uns aber unbequem und deshalb wollen wir die gesetzliche Bestimmung aus der Welt schaffen. Dieser Argumentation kann ich folgen. Die zweite aber lautet: Die Maßregel ist zwar gesetzlich, sie ist aber willkürlich, weil sie nur gegen eine Partei angewendet wird (sehr richtig, links). Das ist aber durchaus nicht der Fall. Anscheinend gleichartige Fälle liegen durchaus verschieden, sobald man die Einzelheiten in betracht zieht (Lachen links). Der Abg. Rickert hat dann die Behauptung aufgestellt, in Pommern hörten die Gesetze auf zu existieren gegenüber dem Bunde der Landwirte. Das hätte er doch durch Anführung einer ganzen Reihe von Fälle beweisen müssen. Er hat sich aber nur auf einen Fall bezogen. Diesen einen Fall will ich gar nicht bestreiten. Wenn er angezeigt wird, wird Remedur eintreten. Aber gegen seine ungeheuerliche Schlußfolgerung protestiere ich (sehr gut, rechts).

Abg. Grillenberger (Soz.) Der Abg. Rickert hat der Regierung in Sachen des Vereinsrechts Lässigkeit und Willkür vorgeworfen und hatte damit völlig recht. Schlechter als es auf diesem Gebiete ist, kann es gar nicht mehr werden. Obwohl wir im Süden keine Freunde allzu großer Zentralisation sind, wollen wir es beim Vereinsrecht doch einmal mit dem Reiche versuchen. Herr v. Stumm will die Frauen von Versammlungen, die öffentliche Angelegenheiten erörtern, ferngehalten wissen. In Bayern wird zwischen öffentlichen und politischen Angelegenheiten gar kein Unterschied gemacht. Charakteristisch für Hrn. Stumm ist, daß er die Bismarckische Abschlachtungstheorie als menschenfreundliche Behandlung hinstellte und Abg. Marquardsen meinte in seiner Entrüstung über die neuliche Auersche Kennzeichnung, wir sollten doch mit ehrlichen Waffen kämpfen. Die Aeußerung mag unhöflich gewesen sein, aufrichtig war sie. Es war unsere aufrichtige Meinung über den Mann, also kann man auch nicht von unehrlichen Waffen reden. Von der Kommission versprechen wir uns nicht viel, wir werden dafür stimmen, mitunter nützen auch akademische Verhandlungen. Dem Abg. Iskraut bin ich dankbar. Da wir heute leider hier die ernste Verhandlung führen müssen, wo bei uns zu Hause es heute so lustig hergeht, waren wir froh, daß Herr Iskraut sich hier einige Fastnachtsscherze geleistet hat. (Große Heiterkeit.) Ernsthaft können wir seine Rede nicht nehmen. Das gerade Gegenteil von dem, was er uns nachgesagt hat, ist wahr. Wir können aber nichts dafür, daß Herr Iskraut nichts weiß und nichts versteht von unserer politischen Haltung und brauchen auf das nicht eingehen, was jemand, der hier gerade hereingeschneit ist, gegen uns vorbringt. Der Minister von der Recke sprach von angeblichen Attentaten auf das Vereinsrecht. Und doch haben wir im Laufe der Jahre so viel Material beigebracht, daß nicht von angeblichen Attentaten, sondern von wirklichen Attentaten gesprochen werden muß. Der Minister sagte, die Sache werde hier ohne Not so ausführlich besprochen. Er kann sich gewiß schwer in die Rolle eines Staatsbürgers denken, der auf dem Wege des Vereins- und Versammlungswesens wichtige Interessen zu vertreten gezwungen ist, er hat nur Studentenkommerse mitgemacht und ist dabei von der Polizei gewiß niemals gestört worden. (Sehr richtig! links.) Auch die tendenziöse Anwendung hat der Minister bestritten. Er sprach von Unbequemlichkeiten für unsere Partei. Nun, vielleicht wird die Maßregel der Regierung noch unbequemer wie uns; wir schöpfen aus ihr ersprießlichen agitatorischen Stoff. Trotzdem stehen wir auf dem Standpunkt absoluten Rechts. Der Minister sprach von nur anscheinend gleichen Verhältnissen bei anderen Parteien. Ich habe hier das Statut des Bundes der Landwirte und lese es Ihnen vor. Urteilen Sie selbst, ob die Bestimmungen nicht fast wörtlich mit den Bestimmungen unseres Organisationsstatuts übereinstimmen. Dazu finde ich in dem Kalender des Bundes den Satz: Durch diese Organisation ist es uns bereits gelungen, große Erfolge bei den letzten Reichstagswahlen errungen zu haben. (Große Heiterkeit links.) Der Herr Minister sieht vielleicht jetzt selbst ein, daß nicht anscheinend, sondern wirklich gleichartige Verhältnisse vorliegen. Ich meine, wenn irgendwo in der weiten Welt ein großer politischer Verein mit zahlreichen kleinen Vereinen eine strafbare Verbindung unterhält, dann ist es der Bund der Landwirte. Ich hoffe, der Minister wird noch heute (Lebhafte Rufe: Zirkus Busch! [wo heute die Bundesversammlung stattfindet]) das Verfahren gegen den Bund einleiten. (Große Heiterkeit.) Unsere jetzigen Landesvereinsgesetze sind ein Unding gegenüber der Reichsgewerbeordnung, namentlich in Bezug auf die Stellung der Frauen. Herr Bachem will den Frauen das Versammlungsrecht für wirtschaftliche Dinge freigeben. Aber politische Dinge sind heute von wirtschaftlichen Dingen nicht mehr zu trennen. Man ist jetzt in Baiern zu folgender kunstvoller Auslegung und Anwendung gekommen. Die sozialdemokratische Partei ist ein Verein, der sich über ganz Deutschland erstreckt, ergo ist jede von einem Sozialdemokraten einberufene Versammlung eine Vereinsversammlung und ergo dürfen Frauen und Minderjährige nicht daran teilnehmen. Jetzt beim Konfektionsarbeiterstreik sind die Frauen in den Versammlungen in der Mehrheit, und alle Parteien hier im Hause gönnen ihnen hier das Vereinigungsrecht. In Baiern wären solche Versammlungen unmöglich und thatsächlich sind in Kempten zwei Versammlungen, in denen Konfektionsarbeiterinnen ihre Lage besprechen wollten, verboten worden. (Hört! hört! links.) Der Zustand ist schon in Preußen, wie Abg. Rickert ausführte, unerträglich; in Baiern sind die Verhältnisse eben noch schlimmer. Jetzt ist bei uns im Landtage von dem Abg. Pichler und seinen Freunden vom Zentrum der Antrag gestellt worden: „Frauen und Minderjährige dürfen an Versammlungen, die öffentliche Angelegenheiten behandeln, nicht teilnehmen." Wenigstens müssen Sie (zum Zentrum) den Zusatz annehmen: „Ausgenommen sind alle Versammlungen, in denen Fragen der Lohnfestsetzung, des Arbeiterschutzes und der Spezialgesetzgebung erörtert werden." Wenn Sie nicht wollen, daß man Ihnen reaktionäre Pläne nachsagt, dann reden Sie ihren baierischen Fraktionsgenossen einmal ordentlich ins Gewissen. Sorgen Sie überhaupt im allgemeinen dafür, daß in puncto Vereinsgesetze Zustände beseitigt werden, die eines zivilisierten Staates unwürdig sind. (Lebhaftes Bravo, links.)

Abg. Lenzmann (freis. Vp.): Herr v. Böttticher hat heute dem Artikel zu der Verfassung eine Interpretation gegeben, die bisher wohl noch nicht gehört worden ist. Schon im Jahre 1872 hat der Reichstag mit sehr großer Majorität die Regierung auf die Verpflichtung hingewiesen, ein einheitliches Reichs-Vereinsgesetz zu schaffen. Da jetzt die Verpflichtung einfach negiert wird, hat der Reichstag die doppelte Pflicht, auf Erfüllung des Artikel 4 der Verfassung zu dringen. Deutlicher kann man doch eine Pflicht nicht bezeichnen, als wenn man sagt, die Vereinsgesetzgebung unterliegt der Kompetenz des Reiches. Daß Minister von der Recke nur von vereinzelt vorkommenden Verstößen in der Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechts gesprochen hat, hat mich baß gewundert, zumal gerade in der Umgebung von Düsseldorf sehr viel grobe Verstöße der bezeichneten Art vorgekommen sind. Der Redner schließt mit der Bitte, die Anträge einer Kommission zu überweisen. Es würde sich ja dort herausstellen, inwieweit den Wünschen der übrigen Parteien nachgegeben werden muß.

Ein Schlußantrag des Abg. v. Manteuffel und Genossen wird hierauf angenommen.

Persönlich bemerkt

Abg. Auer (Sozd.): Gegenüber der beispiellosen Gewissenlosigkeit und Frivolität, womit der Bürgerkrieg geradezu provoziert wird in dem von mir zitierten Artikel der „Hamb. Nachr.", halte ich mein Urteil über den Verfasser Wort für Wort aufrecht. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Hüpeden (christlich-sozial): Wieder ist mir durch den Schlußantrag das Wort abgeschnitten worden. Ich kann deshalb unsern Standpunkt nicht vertreten, der von dem der Konservativen erheblich abweicht.

Das Schlußwort erhält für den Auerschen Antrag

Abg. Dr. Lütgenau (Sozd.): Die Debatte hat darin Uebereinstimmung ergeben, wenn der Abg. Iskraut unberücksichtigt bleibt, daß fast allen Parteien die Schaffung eines gemeinsamen Vereinsrechtes für Deutschland wünschenswert ist. Und auch darüber herrscht Uebereinstimmung im Hause bis zur Rechten hin, daß das Verbot des Inverbindungstretens politischer Vereine mit einander nicht aufrecht zu erhalten ist. Das preußische Vereinsrecht verpflichtet aber die Behörden nicht, politische Vereine, die in Verbindung treten, aufzulösen, es berechtigt sie nur dazu. In dem preußischen Vereinsgesetz steckt also direkt ein Ausnahmerecht. Gegenüber dem Abg. Bachem hebe ich hervor, daß der berühmte Bischof Gregor von Tours in der That sagt, daß die Frauen keine Menschen seien, sie haben also auch keine menschliche Seele, und mein Genosse Auer hatte Recht, wenn er es als Ansicht eines katholischen Kirchenlehrers bezeichnete, daß die Frauen keine Seele hätten. Bachems Einwände gegen das Vereinsrecht der Frauen waren höchst inkonsequent. Er erkannte an, daß der Frau, die industriell thätig ist, das Recht der gemeinsamen Wahrung ihrer ökonomischen Angelegenheiten gegeben werden müsse. Warum nicht auch das Recht der politischen Erörterung? Legt doch der Staat der Frau, die in den Produktionsprozeß hineingezogen ist, Rechten und Pflichten auf. Die Frau ist interessiert am Koalitionsrecht, an der ganzen sozialpolitischen Gesetzgebung. Und diese Gesetze soll sie nicht im Verein erörtern dürfen? Deutschland ist das einzige Land, wo den Frauen dieses Recht nicht gegeben ist. In Belgien, Holland, England, Frankreich, Amerika haben die Frauen dieses Recht, ohne daß die Staaten aus den Fugen gehen. Redner trägt noch einige speziellen Klagen aus Westfalen, besonders aus dem Regierungsbezirk Arnsberg, über die Handhabung des Vereinsgesetzes vor. In Dortmund werden Versammlungen am Sonntag Vormittag nicht geduldet, wie die Polizei angiebt, auf Grund einer Vereinbarung zwischen Polizei und Ortsgeistlichkeit. Nach einer Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts sind öffentliche, politische Versammlungen an die Polizeistunde gebunden, die Versammlungen politischer Vereine aber nicht. Im Regierungsbezirk Arnsberg gelten die vom Agitationskomitee einberufenen Versammlungen bis Mitternacht für Vereinsversammlungen, um 12 Uhr aber werden sie plötzlich zu öffentlichen Versammlungen und werden dann als solche aufgelöst. Das ist doch eine Auslegung des Vereinsgesetzes, die an Kühnheit hinter den von Grillenberger vorgetragenen Fällen aus Baiern nicht zurücksteht. — Die Reichszuständigkeit und die Pflicht des Reiches, ein einheitliches Vereinsgesetz zu schaffen, kann nicht bestritten werden. Hier stehen wieder einmal wir auf dem Boden der Verfassung und der Verwirklichung ihrer Bestimmungen. Das Reich allein ist kompetent für die Vereinsgesetzgebung, und es widerspricht der Reichsverfassung, wenn Preußen sein Vereinsrecht verändern wollte, wovon seinerzeit die Rede war. Unser Antrag geht nicht zu weit. Wollen Sie Kommissionsberatung, so ist es uns recht. Ihr Resultat wird hoffentlich ein möglichst freiheitliches Vereinsgesetz für Deutschland sein. (Bravo bei den Sozialdemokraten.)

Das Schlußwort zum Antrag Ancker erhält

Abg. Munkel (Fr. Vp.): Aus den Reden fast aller Redner klang heraus, daß der gegenwärtige Zustand nicht befriedigend ist. Wir sehen, daß es beim Fortbestand des preußischen Vereinsgesetzes unmöglich ist, irgend eine politische Organisation aufrecht zu erhalten, woraus die Notwendigkeit einer Aenderung folgt. Die Reichsverfassung wird vom Staatsminister von Böttticher falsch ausgelegt. Was würde man zu einer Behörde sagen, die da meinen wollte, sie habe zwar das Recht, die Kompetenz, etwas zu thun, aber nicht die Pflicht dazu. Heute haben wir zwei Minister gehört und das ist an einem Schwerinstage viel. (Heiterkeit.) Der Herr Minister v. Böttticher hat gesagt, der Reichstag müsse die Initiative ergreifen, die Nationalliberalen wollen sie dem Bundesrat überlassen. Ich entscheide mich für ersteres. Wir müssen wirklich anfangen, selber zu bauen. Ich fürchte mich vor der Erweiterung des Frauenrechtes nicht. Widerstrebt das neue Recht der Natur der Frau, so wird sie keinen Gebrauch davon machen. (Heiterkeit.) Durch die bestehenden Vereinsgesetze wird eine Jurisprudenz von einer Schärfe groß gezogen, woran sich jeder schneiden muß. Die Frage fängt schon da an: Was ist ein Verein? Zwei Leute waren früher das mindeste für einen Verein. (Heiterkeit.) Aber in Sachsen ist es sogar vorgekommen, daß ein einzelner sozialdemokratischer Vertrauensmann als Verein angesehen und aufgelöst worden ist. (Heiterkeit.) Nach der Auflösung des sozialdemokratischen Parteivorstandes in Berlin muß man sich wirklich fragen, darf ein Vereinsvorstand noch mit seinem eigenen Verein in Verbindung treten? Ist er nicht selber ein Verein? (Heiterkeit und Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Auch der Seniorenkonvent und die Fraktionen des Reichstags können dem Vereinsrecht verfallen, denn wir sind hierher nur zum Tagen im Plenum und in den Kommissionen berufen. (Heiterkeit.) Diesen Plackereien muß ein Ende gemacht werden. Verzweifeln wir nicht an der Möglichkeit einer eigenen Arbeit des Reichstages. (Beifall.)

Auf Antrag des Abg. Rickert werden die beiden Anträge Auer und Ancker gegen die Stimmen der Konservativen und eines Teils der Nationalliberalen an eine Kommission von 21 Mitgliedern verwiesen.

Nächste Sitzung: Mittwoch 1 Uhr. (Fortsetzung der Beratung des Militäretats.)

Schluß 5¾ Uhr.

Deutsches Reich.

Berlin, 18. Februar. Gegen die Margarinevorlage und die von der Reichstagskommission an derselben angebrachten Verschlechterungen regt sich weit im Lande eine entschiedene Opposition. Protestversammlungen fanden bald hier, bald dort statt, überall mit demselben Erfolge, daß man die geradezu gemeinschädlichen Pläne, die in der Kommission ausgeheckt wurden, entschieden verurteilt. Auch eine Petitionsbewegung kommt in Fluß. Dem Abg. Weiß sind aus seinem Wahlkreise Fürth-Erlangen Petitionen zugegangen mit zahlreichen Unterschriften bäuerlicher Personen aus Ammerndorf und Roßstall, Orten, welche bisher vom Bund der Landwirte dominiert wurden und gegen den freisinnigen Abg. Weiß bei der Wahl gestimmt haben. Die Unterzeichner klagen, daß sie durch den Ausfall der Milchlieferungen an die Nürnberger Margarinefabriken in hohem Maße würden geschädigt werden.

Auch aus Cleve haben Bürgermeister und Stadtverordnete einen scharfen Protest gegen den Margarinegesetzentwurf und die Kommissionsvorschläge dazu an den Reichstag gesandt. Die alte Stadt Cleve sei bis vor einigen Jahren gegenüber vielen anderen Gemeinden der Westprovinzen in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung sehr zurückgeblieben. Da sei durch das Aufkommen der Margarinefabrikation in den letzten Jahren ein erfreulicher Umschwung eingetreten. „Die Gewerbethätigkeit der ganzen Stadt, die Lebenshaltung deren Bewohner, namentlich auch der Arbeiter, ist durch das Aufblühen dieser Industrie gehoben. Das Gleiche kann unbedenklich von der Landwirtschaft unseres Kreises gesagt werden. Durch die Beschlüsse der Kommission würde diese Industrie in ihren Lebensbedingungen bedroht."

— Die preußische Gesindeordnung soll zu einem Weltruhm gekommen, den sie auch ihres erzreaktionären Charakters wegen verdient. Man höre nur: Der frühere Gouverneur von Ost-Afrika, Herr v. Scheele, hatte eine Wirtschafterin von Berlin aus auf zwei Jahre engagiert, dieselbe aber, nachdem sie ein Jahr acht Monate Dienste geleistet, entlassen, worauf sie, da sie der Ansicht war, daß die Entlassung zu Unrecht erfolgt sei, den Lohn für vier Monate mit 400 Mk. einklagte. Da nun die herrliche preußische Gesindeordnung vom Jahre 1810 vorschreibt, daß Dienstboten vor Einreichung derartiger Klagen erst die Intervention der Polizei anrufen sollen, die Klägerin aber behauptete, daß in Dar-es-Salaam, wo sie in Dienst war, kein Polizeiamt existiere, so wandte sich das Gericht mit einer Anfrage an das Auswärtige Amt, welches wiederum das Kolonialamt mit der Auskunftserteilung beauftragte. Letztere ging nun dahin, daß in Ost-Afrika die Bezirkämter auch polizeiliche Befugnisse ausüben. Das Berliner Landgericht I erkannte hierauf wegen des formellen Mangels in der Klage auf Abweisung. Hiergegen ist, wie die „Volkszeitung" erfährt, Berufung eingelegt worden, welche demnächst das Kammergericht beschäftigen wird. Wir sind gespannt darauf, ob auch das Kammergericht zu der Ansicht kommen wird, daß die preußische Gesindeordnung in Ostafrika gilt. Wir ständen dann vor einem neuen Justizrätsel. Bisher ist wohl Niemandem zu Ohren gekommen, wann und wie der Geltungsbereich der preußischen Gesindeordnung auf ostafrikanisches Gebiet ausgedehnt ist. Der Reichstag hat über dieses Gesetz, das Abgeordnetenhaus aber über die Schutzgebiete, in welchen nur das Reich Recht schafft, nichts zu sagen. Zudem gilt die fragliche Gesindeordnung nicht einmal in ganz Preußen. Wie da ein Gericht afrikanische Dienstverhältnisse nach ihrem Maßstab messen konnte, ist uns ganz unerfindlich.

Dresden. In der sächsischen Wahlrechtsfrage macht die „Dresdener Ztg." einen ganz vernünftigen Vorschlag, dahingehend, „die Entscheidung zu vertagen, und zwar bis dahin, daß eine durchaus neue Kammer gewählt sei, deren Mitglieder sich vor der Wahl mit ihren Wählern über die Wahlrechtsfrage klipp und klar auseinandergesetzt haben. Die Möglichkeit dazu ist verfassungsrechtlich gegeben. Wird von ihr Gebrauch gemacht, so wird man der Kammer nicht vorwerfen können, daß sie die Mehrheit des Volkes vergewaltigen wolle. Jeder Kandidat wird über seine Stellung zur Wahlrechtsfrage von den Wählern befragt werden. Er wird seine bindende Erklärung abgeben. Wenn er dann gewählt wird, so wird er als ehrlicher Mann der Verpflichtung nachkommen, die er übernommen hat. Die Kammer in ihrer Gesamtheit aber wird der getreue Ausdruck der Stimmung und des Willens der Bevölkerung sein. Diese Kammer mag dann entscheiden, was zum besten des Landes zulässig und erforderlich ist. Wer aber diesen Vorschlag zurückweist in der Ueberzeugung, daß die überwältigende Mehrheit des Volkes gegen die Wahlrechtsänderung sei, wer die Vertagung einer wichtigen Entscheidung bis zur verfassungsrechtlichen, unbedingt sicheren Feststellung des Volks-

willens bekämpft, der giebt damit selbst zu, daß die Mehrheit der Abgeordneten nicht die Mehrheit der Wähler vertritt, daß sie daher ihre Gewalt mißbraucht, indem sie dem Volke ein Gesetz aufnötigt, das alles eher als der Ausdruck des Volkswillens ist."

In der That können die Gewählten das Recht nicht haben, denselben Leuten, deren Wahl sie ihr Mandat verdanken, das Wahlrecht zu nehmen. Das ist nichts weiter als unverhüllte Vergewaltigung. Aber die Reaktionäre haben in der Kammer die Mehrheit und sie werden die ihnen dadurch gegebene Macht auf Grund eines scheinbaren Rechtes mißbrauchen. Um das logische Recht werden sie sich wenig kümmern.

Osnabrück. Im Wahlkreis Osnabrück-Iburg, der durch die unfreiwillige Mandatsniederlegung des Nationalliberalen Wamhoff freigeworden ist, wird sich voraussichtlich ein heißer Wahlkampf entspinnen. Die Nationalliberalen haben den bisherigen Abgeordneten Wamhoff, der Bund der Landwirte und die Antisemiten einen Herrn Weidner als Kandidaten aufgestellt. Die Welfen haben sich auf die Person des Frhrn. von Schele geeinigt, der Osnabrück von 1884 bis 1893 im Reichstage vertrat und bei dem großen Ansehen, das er im Wahlkreise genießt, als gefährlichster Gegner des nationalliberalen Kandidaten anzusehen ist. Kandidat der Freisinnigen ist Fabrikant Dr. Hilkenkamp und der der Sozialdemokraten Kaufmann Schrader. Daß Wamhoff oder Frhr. v. Schele, deren Wahl allein ernstlich in Frage kommt, schon im ersten Wahlgange als Sieger aus der Urne hervorgehen, ist unter solchen Umständen höchst unwahrscheinlich. Vermutlich wird es wie 1893 zur Stichwahl zwischen beiden kommen.

Aus dem Auslande.

Frankreich. Der Rücktritt des Ministeriums Bourgeois ist nicht wahrscheinlich. In der Senatssitzung am Sonnabend schloß der Justizminister Ricard seine Rede damit, daß er nie ein anderes Ziel vor Augen gehabt habe, als dem Werke der Gerechtigkeit zu dienen. Bourgeois forderte den Senat auf, nicht aus der Angelegenheit der Justizverwaltung einen politischen Akt zu machen. Der Senator Béranger brachte eine Tagesordnung ein, welche die am Dienstag angenommene Tagesordnung bestätigt, und die Unregelmäßigkeiten in der Südbahn-Angelegenheit bedauert. Die Tagesordnung wurde mit 139 gegen 73 Stimmen angenommen, und alsdann die Sitzung geschlossen.

Darauf hatte der Ministerpräsident Bourgeois eine Unterredung mit einer Abordnung der Senatoren der demokratischen Linken, durch die die demokratische Linke ihm ihr Vertrauen aussprechen ließ. Nachdem die Senatoren sich entfernt hatten, berieten die Minister über die durch den Konflikt zwischen dem Senat und dem Kabinet geschaffene Lage und kamen zu dem Beschluß, daß es dem Kabinet nicht zustehe, die Frage zu entscheiden, daß sie vielmehr den Präsidenten Faure zum Schiedsrichter über die Lage anrufen wollten. Ministerpräsident Bourgeois begab sich sodann nach dem Elysée und erstattete dort Bericht. Der Präsident ersuchte um Ueberlegungszeit und wird am Dienstag seine Antwort geben. Die Minister kamen dann wieder zusammen.

Erst am Donnerstag wird eine Entscheidung des Ministeriums über seine endgiltigen Maßnahmen zu erwarten sein.

Ostasien. Die „Times" meldet aus Kobe (Japan) vom 14. d. M.: In der Nacht zum 10. d. M. gingen 200 russische Marinesoldaten in Chemulpo (Korea) an Land und marschierten nach Söul. Der König von Korea verließ feierlich den Palast und begab sich nach der russischen Gesandtschaft, von wo aus er die koreanischen Minister des Verrats für schuldig erklärte. Zwei Minister wurden hingerichtet, die übrigen ergriffen die Flucht. Der Taiwan Kung (Vater des Königs) wird auf der Gesandtschaft gefangen gehalten. Ein antijapanisches Ministerium wurde ernannt. In Japan zeigt sich Erbitterung. Ein Kabinetsrat wurde abgehalten, an dem verschiedene Vertreter der Militärbehörden teilnahmen. Es heißt, der russische Gesandte habe dem König nur auf dessen Verlangen Schutz gewährt.

Ostafrika. Von hier sind nur wenig Nachrichten und die wenigen kommen nicht gut. Die Abessynier fühlen sich offenbar den Italienern überlegen. — König Menelik hat, nachdem er sich eine überaus günstige Position geschaffen, den Italienern Friedensbedingungen gestellt, die General Baratieri zurückweisen mußte. So scheint also die Fortsetzung des Krieges und die sofortige Wiederaufnahme der Feindseligkeiten unvermeidlich. Der Krieg kann aber den Italienern so gut wie keine Vorteile bringen, denn einer Zerstückelung von Abessynien — das obendrein auch kein Vorteil für Italien wäre — wird von den Russen, Franzosen und Engländern in keinem Falle gestattet — dagegen ist eine schwere Niederlage des schlecht ausgerüsteten und entschieden zu schwachen italienischen Expeditionskorps sehr leicht möglich.

Kein Wunder unter solchen Umständen, daß in Italien große Aufregung herrscht. Lauter und lauter wird die Zusammenberufung der Kammern gefordert. Sogar einige Minister, wie Sonnino und Saracco haben sie verlangt. Allein Crispi, der überführte Verbrecher, welcher die Interessen des Staats seinen persönlichen Bedürfnissen unterordnet, kann die parlamentarische Kontrolle nicht vertragen. Und so geht es weiter auf der abschüssigen Bahn.

— Zanzibar. Der Führer der Aufständischen Aziz griff mit 200 Mann am Mittwoch Malindi an und brannte viele Häuser nieder. Ein Askari und mehrere der Aufständischen wurden getötet. Bei der Ankunft des englischen Kanonenbots „Thrusy" stand Malindi in Flammen.

Kuba. Havanna, 17. Februar. General Weyler hat heute drei neue Dekrete erlassen. Das erstere befiehlt den Rendanten der Provinzen San Jago und Principia, innerhalb einer festgesetzten Zeit in den militärischen Hauptquartieren ihrer Distrikte zu erscheinen und Dokumente vorzulegen, welche die unzweifelhafte Loyalität der dortigen Behörden darthun, im Nichtbefolgungsfalle wird ihre sofortige Verhaftung verfügt. Das zweite Dekret verhängt die sofortige Vollstreckung der Todesstrafe über alle diejenigen, die bei der Ausübung illoyaler Handlungen betroffen werden. Der dritte Erlaß endlich vermehrt ganz bedeutend die Zahl derjenigen Vergehen, welche unter die militärische Gerichtsbarkeit fallen.

Amerika. Chile und Argentinien. Die „Times" melden aus Santiago vom 15. d. Mts.: Eine Reihe von Besprechungen zwischen dem Gesandten von Argentinien und dem chilenischen Minister des Auswärtigen führte zu einem Uebereinkommen auf Grundlage der Erledigung der Grenzstreitigkeiten und der Abtretung des Gebietes von Puna de Atacama. Diese beiden Fragen werden nunmehr als endgiltig beigelegt betrachtet.

Partei-Nachrichten.

Dortmund. Unser hiesiges Parteiorgan veröffentlicht folgende Mitteilung:

An die Reichstagswähler des Wahlkreises Dortmund-Hörde.

Die Sitzung der sozialdemokratischen Vertrauensleute des Wahlkreises Dortmund-Hörde verhandelte am Samstag Abend über die Angriffe des General-Anzeigers und der Dortmunder Zeitung gegen den Reichstagsabgeordneten Dr. Lütgenau. Sie gelangte nach Anhören der Bekundungen einer Reihe einwandsfreier Personen und nach eingehender Prüfung aller in Betracht kommenden Momente zu dem Ergebnis, daß diese von dem Anarchisten Dehmel und Genossen im Interesse der nationalliberalen Partei gemachten Angriffe auf frechen, schamlosen Lügen beruhen. Der jetzt unter sozialdemokratischer Maske auftretende Dehmel ist nach seinem Geständnis hierzu für fünfzig Mark gedungen und wird nach seiner eigenen Aussage wegen eines gemeinen Vergehens verfolgt, ist bisher aber merkwürdigerweise nicht gefunden worden; derselbe hat ferner erst kürzlich ein ehrliches Dienstmädchen erwiesenermaßen fälschlich des Diebstahls beschuldigt — alles Thatsachen, die zur Kennzeichnung des Gewährsmannes sicher genügen.

Lütgenau hatte es den Genossen überlassen, zu bestimmen, ob er gerichtlich klagen solle. Bei der ganzen Persönlichkeit des Angreifenden und bei der leichten Widerlegbarkeit alles Ehrenkränkenden in den Beschuldigungen hielten die Parteigenossen eine gerichtliche Klage für völlig überflüssig.

Aus der Stadt und Nachbarschaft.

Bielefeld, 19. Februar.

— **In einer am Sonnabend** im Saale der Handelskammer stattgehabten Versammlung Bielefelder und Herforder Interessenten, an welcher außerdem der Reichstagsabgeordnete für Halle-Herford, Herr Bürgermeister Quentin, der Vorsitzende der Handelskammer, Herr Direktor Bertelsmann, und mehrere Mitglieder der Handelskammer teilnahmen, wurde beschlossen, eine Versammlung behufs Stellungnahme zur Abänderung der Gewerbeordnung zu berufen. Da der Antrag auf Kommissionsberatung abgelehnt worden ist und die zweite Lesung des Gesetzentwurfs in wenigen Wochen voraussichtlich stattfindet, soll beantragt werden eine Deputation nach Berlin zu entsenden, um den einzelnen Reichstagsabgeordneten vorzustellen, wie die Annahme des Artikel 8 (das Verbot des Aufsuchens von Privatkundschaft) den Ruin zahlreicher ehrenwerter Bielefelder und Herforder Existenzen zur Folge haben würde. (Vergl. Inserat in heutiger Nummer.)

Herford, 18. Febr. Heute Morgen nach 4 Uhr wurde auf einem Vorplatze der Löhrstraße der Hutmachergehilfe Friedrich Merlin erfroren aufgefunden. Merlin, der seit Wochen ein unstätes Leben führte, lebte seit Jahren von seiner sich in Köln aufhaltenden Frau getrennt. Im November v. J. fand zwischen den Eheleuten eine Aussöhnung statt, und die Frau war nach hier übersiedelt. Seit Wochen hielt M. sich von der ehelichen Wohnung fern. Er muß im trunkenen und deliriösem Zustande das harte Straßenpflaster für das bequemste Bett gehalten haben. Rock und Weste sowie Stiefeletten hatte er ausgezogen und als Kopfkissen benutzt. Als er aufgefunden wurde, scheint der Tod bereits stundenlang vorher eingetreten zu sein. (H. K.)

Schötmar. Am Mittwoch Abend gegen 10 Uhr ertönten Feuersignale. Es brannte das Haus des Zieglers Löhr auf der Krummen Weide, welches von dem Feuer bis auf die Umfassungsmauern eingeäschert wurde. Die Entstehungsursache ist unbekannt.

Essen, 15. Febr. Gasvergiftung. In der Kruppschen Fabrik verunglückten mehrere Arbeiter beim Reinigen eines Kanals im Preßbau infolge Gasvergiftung. Einer ist gestorben, ein anderer wurde gerettet.

Oberhausen, 16. Febr. Ein gräßlicher Unglücksfall ereignete sich auf dem Werke der Firma von Thyssen u. Ko. im benachbarten Styrum. Der 18 Jahre alte Arbeiter Sall geriet dort zwischen die Verkuppelungen einer Schnellwalze, die ihm im Augenblicke buchstäblich den Kopf vom Rumpfe rissen und den ganzen Leib aufschlitzten.

Gerichtliches.

Plauen i. V., 9. Februar. Eine Verurteilung auf Grund einer Polizeiverordnung vom 22. Juni 1661 ist kürzlich seitens des hiesigen Landgerichts erfolgt. Angeklagt war der Schuhmacher und Gastwirt Petzoldt in Kleingera, der die Kunst des Heilens von Rheumatismus und Gicht, sowie der englischen Krankheit usw. durch „Sympathie" betreibt. Petzold ist ob seiner „Kunst", die er von seinem Schwiegervater, dem vormaligen Ortsrichter von Kleingera, ererbt hat, sehr gesucht, und nicht selten kommt es vor, daß, insbesondere zur Zeit des abnehmenden Mondes, 12 bis 15 Kutschwagen und 50 bis 60 Kinderwagen mit Leidenden an einem Tage bei ihm erscheinen. Da Petzoldt für seine „Kuren" Geld nicht verlangt und nur freiwillige Geschenke annimmt, und da andererseits nach dem Gutachten des hiesigen Bezirksarztes eine Heilmethode in der Behandlung seiner „Patienten" nicht zu erblicken ist, so nahm das Schöffengericht zu Elsterberg, um zu einer Bestrafung Petzoldts zu gelangen, schließlich seine Zuflucht zu einer alten Polizeiverordnung vom 22. Juni 1661, wonach derartiger „Hokuspokus", wie ihn der Angeklagte mit seinen Patienten trieb, mit „Gefängnis, Landesverweisung und durch Staupenschläge" geahndet werden kann. Da aber die letztgenannten beiden Strafarten durch die neuere Gesetzgebung in Wegfall gekommen sind, so erkannte das Schöffengericht nur auf eine Woche Gefängnis. Dieses Urteil ist unlängst auch von dem hiesigen Landgericht bestätigt worden, und es wird nun Sache des Oberlandgerichtes sein, zu entscheiden, ob jene vom Amtsgericht Elsterberg ausgegrabene alte Verordnung thatsächlich teilweise noch zu Recht besteht. Von der sogenannten Gewerbefreiheit scheint hiernach das Landgericht noch keine rechte Kenntnis zu haben.

Gewerkschaftsbewegung.

Der Streik der Konfektionsarbeiter in Berlin hat sich dadurch für die Arbeiter sehr günstig gestaltet, daß die Zwischenmeister an demselben teilgenommen haben. Zur Zeit sind 14 000 Streikkarten ausgegeben worden, jedoch wird die Anzahl der Streikenden auf weit über 20 000 geschätzt. An Unterstützungen sind bisher 12 000 Mark eingegangen. Das Berliner Gewerbegericht hat die Vermittelung übernommen und die Fünfer-Kommission als „loyale Vertretung der Arbeiterschaft" anerkannt. Die fünf Versammlungen am Sonntag waren überfüllt, gestern Abend sollten abermals dreizehn Versammlungen stattfinden.

Der „Conf." versendet eine Notiz, in welcher es heißt: Heute ist der Streik auf der ganzen Linie ausgebrochen, es wird weder in den Werkstätten der Damen noch der Herren-Konfektionsschneider gearbeitet. Die Ablieferungen seitens der Zwischenmeister sind sehr gering, sie kommen kaum in Betracht; die Konfektionäre lassen sich die fertigen Waren durch Wagen selbst abholen, um jede Belästigung der Arbeiter zu vermeiden.

Sämtliche Kohlenarbeiter der Karwin-Gruben zu Mährisch-Ostrau beschlossen, wegen ungerechtfertigter Entlassung von 16 Arbeitern am 24. d. M. in den Streik einzutreten, falls jene Leute nicht wieder angenommen werden sollten.

Ein Kohlenarbeiterstreik ist wieder in Belgien ausgebrochen. In Seraing sind sämtliche Bergleute in den Ausstand eingetreten. Auf der Grube Maryhaye kam es zu groben Ausschreitungen, wobei ein Grubenarbeiter schwere Verletzungen davontrug.

Soziales.

Berlin. Die Hausgesetze der königlichen Theater enthalten noch einen wenig bekannten, wahrscheinlich aus der Feudalzeit des Berliner Theaterlebens stammenden Paragraphen, gegen den die jetzt abgethane Polizeiverordnung über „das Gesinde" der Bühnen ein wahres Ehrendiplom ist. Der Paragraph betrifft, wie das „Fremdenblatt" versichert, eine Arreststrafe, welche bis auf acht Tage ausgedehnt werden kann. Nummer Sicher wird darin für bestimmte Vergehen angedroht! Eine Dame des Ballets soll nun kürzlich mit diesem Paragraphen Bekanntschaft gemacht haben. Sie hatte — das ist nicht zart genug auszudrücken — einer Kollegin gelegentlich eines Streites in der Garderobe einen Backenstreich versetzt! Die sonst nur an Pantomimen gewöhnte Kollegin hatte nichts Besseres zu thun, wie Beschwerde zu führen, und die Angreiferin, Fräulein St., wurde zu einer Arreststrafe von drei Tagen verurteilt. Die Unglückliche wurde in einen zum Gefängnis geeigneten Raum der Intendantur gebracht. Und nachdem sie — bei Wasser und Brot oder Hiller-Beköstigung wissen wir nicht — einen langen Tag abgebüßt, wurde ihr der Rest der Strafe gnädigst erlassen.

Aus Wissenschaft und Technik.

Berlin. Elektrische Ausstrahlungen des menschlichen Körpers. Vor einem kleinen Kreise geladener Gäste hat im Hotel Continental am Sonnabend der russische Staatsrat Jakob von Narkiewicz-Jodko, Mitglied und Mitarbeiter des kaiserlichen Instituts für experimentalische Medizin in Petersburg, hochinteressante Mitteilungen über seine neuen Entdeckungen auf dem Gebiete der Elektrizität, Physiologie und Elektrographie gemacht. — Es handelt sich um den Nachweis elektrischer Ausstrahlungen des menschlichen Körpers und deren photographische Aufnahme, die ohne Objektivglas, auch ohne Dunkelkammer direkt auf lichtempfindlichen Platten fixiert wird. Es werden auf diesen Platten bei einer Expositionszeit von ½ bis 1 Minute deutliche Bilder der ausstrahlenden Körperteile hervorgerufen. Herrn von Narkiewicz' Hypothese geht dahin, daß unter dem Einfluß der Luft-Elektrizität der menschliche Körper in elektrische Spannung entgegengesetzter Natur versetzt wird und daß jede Störung des Gleichgewichts zwischen der körperlichen und atmosphärischen Elektrizität Ausstrahlungen hervorruft, die durch ihre Wirkungen auf lichtempfindliche Platten sichtbar nachzuweisen sind.

Vielleicht handelt es sich dabei um dieselben Strahlen, wie bei der Röntgenschen Entdeckung, und vielleicht ist beides auf das Od des Grafen Reichenbach zurückzuführen, wie das in Bezug auf die Röntgensche Entdeckung schon in der „Frankf. Zeitung" behauptet worden ist. Bisher ist dieser Hinweis von den vornehmen Wissenschaftlern unbeachtet geblieben. Nirgend ist man aber auch so reaktionär, wie gerade in der vornehmen Wissenschaft. Die Herren haben sich zwar schon mit ihrer Vornehmheit unzählige Male blamiert, gelernt aber haben sie daraus noch nichts.

Vermischtes.

Kattowitz 15. Februar. In der Luisengrube in Zabrze wurden 5 Mann verschüttet. Ein Verletzter wurde gerettet, das Schicksal der Uebrigen ist noch ungewiß.

Von den 5 in der Königin Luise-Grube bei Zabrze verschütteten Bergarbeitern sind bis Montag aufgefunden worden: ein Toter, ein Leicht- und ein Schwerverletzter. Die Rettungsarbeiten werden fortgesetzt.

Ueber ein Eisenbahnunglück macht die Direktion der Dortmund-Enscheder Eisenbahn bekannt: Mittwoch Vormittag 9 Uhr 22 Minuten ist bei dichtem Nebel der gemischte Zug Nr. 2 bei der Einfahrt in die Station Epping mit einem Uebergabezug zusammengestoßen. Dabei wurde der Zugführer Wiemann getötet, der Lokomotivführer Becker schwer verletzt, ein Passagier erlitt einen Beinbruch, ein anderer eine Quetschung der Brust, eine Frau Brandwunden an den Beinen; mehrere andere Passagiere wurden leicht verletzt. Beide Lokomotiven sind nur unerheblich beschädigt und nicht entgleist. Der Packwagen des Zuges Nr. 2 ist vollständig zertrümmert, ein Wagen dritter Klasse ist an den Kopfenden erheblich beschädigt.

Ein dreifacher Raubmord ist in München verübt worden. In ihrer Wohnung in der Karlsstraße wurden Sonnabend vormittags die Ministerials-Witwe v. Roos, deren Tochter und Dienerin tot aufgefunden. Die drei Frauen waren bereits seit Freitag tot. Das Essen war auf dem Herde an-

gerichtet; die Wittwe und die Köchin lagen übereinander im Kloset, die Tochter der Wittwe auf dem Bette der Mutter. Man fand eine Anzahl leerer Medizinflaschen, darunter eine leere Arsenikflasche. Man nahm anfänglich an, daß eine Vergiftung vorliege. Die Sektion hat aber ergeben, daß der Tod infolge von Erdrosselung eingetreten ist. Es fehlen Wertpapiere in Höhe von 25000 Mk.

Aus Metz berichtet die „Frankf. Ztg.“: Der neuerdings wegen Landesverrat in Untersuchungshaft genommene Schmidkonz war Sergeant bei der hier garnisonierenden Abteilung des zweiten baierischen Fußartillerieregiments; er ist schon wegen Unterschlagung bestraft und vom Regiment entlassen. Schmidkonz war lange verdächtig und ist vor etwa fünf Wochen aus einer fünfmonatigen Untersuchungshaft entlassen worden, weil ihm nichts bewiesen werden konnte. Seine Kühnheit hat ihn jetzt zu Fall gebracht. Er versuchte die Ordonnanz des bairischen Brigadebureaus zu bewegen, ihm wichtige Schriftstücke zur Abschrift zu verschaffen, die er zwei französischen Offizieren in Luxemburg auszuhändigen vorgab und für welche er 500 Mk. Honorar zu zahlen versprach. Die Ordonanz ging nach Meldung an den Adjutanten auf den Wunsch ein, die Polizei wurde benachrichtigt und Schmidkonz festgenommen, als er kaum die bestellten Schriftstücke erhalten hatte. Außer S. wurde noch ein Feldwebel von der Halbinvalidenabteilung verhaftet, der S. erwiesenermaßen wichtige Schriftstücke, die sich auf die Armierung von Metz beziehen, ausgeliefert hat.

Vom Polizeikampf gegen die freie Kunst. Am 1. Februar ist die Klage der „Freien Volksbühne“ gegen die bekannte Zensurmaßregel, durch welche Köller sich ein bleibendes Denkmal in der deutschen Kunstgeschichte errichten wollte, vom Oberverwaltungsgericht abgewiesen worden. Dasselbe ist der „Versuchsbühne“ (Dr. Bruno Wille und Genossen, vertreten durch Rechtsanwalt Grelling) widerfahren. Auf die gleiche Klage des Vereins „Freie Bühne“ (Dr. Paul Schlenther und Genossen, vertreten durch Rechtsanwalt P. Jonas) hat das Oberverwaltungsgericht Beweisaufnahme beschlossen.

Für den Freiherrn v. Hammerstein sind nunmehr Einzahlungen geleistet worden, so daß er im Untersuchungsgefängnis die bessere Kost erhält. Bisher hatte er sich an der allgemeinen Gefangenenkost satt essen müssen. Der Untersuchungsrichter nimmt noch immer täglich mit dem Angeschuldigten ausgedehnte Verhöre im Sprechzimmer des Untersuchungsgefängnisses vor.

Der Landesdirektor der Provinz Brandenburg, v. Levetzow, welcher an den Provinziallandtag ein Entlassungsgesuch eingereicht hat, sagt darin u. a.: „Ich bin auf einem Ohr ganz taub, finde, daß meine Augen bei Licht den Dienst versagen, und habe an Gedächtnis und Arbeitskraft merklich eingebüßt. — Für die Provinz wird unter solchen Umständen nach meiner gewissenhaften Ueberzeugung es ersprießlich sein, wenn eine frischere Kraft an meine Stelle tritt.“

Eine Feuersbrunst vernichtete Anfang Februar das sieben Stockwerke hohe Gebäude der Amerikanischen Baptisten-Gesellschaft zu Philadelphia. In den oberen Räumen des Hauses befanden sich die Ateliers verschiedener Maler; die unteren Stockwerke waren von einem Pianolager eingenommen, außerdem enthielt das Gebäude eine auf 10000 Bände geschätzte Bibliothek der Baptisten-Gesellschaft. Der Schaden beläuft sich auf 2 Millionen Dollar. Der Wert der verbrannten Gemälde wird mit 300000, derjenige der Bibliothek mit 200000 Dollar angegeben.

Newyork, 18. Febr. In einer Wäschefabrik in Troy bei Newyork entstand gestern Feuer. Unter den 300 dort beschäftigten Frauen und Mädchen brach eine furchtbare Panik aus. Viele sprangen aus dem fünften Stockwerk herab, einige wurden getötet, 20 bis 30 werden vermißt.

Quittung.

Zur Agitation im Wahlkreise Bielefeld-Wiedenbrück sind mir übergeben:

Ueberschuß von einem Kranz bei Koch 1,15 Mk

Paul Reichenbach, Kreis-Vertrauensmann

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Inserate werden nur gegen Barzahlung aufgenommen.

Bekanntmachung.

Unter dem Rindviehbestande des Bleichereibesitzers Kramme hierselbst, Hallerweg Nr. 8, ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen, was hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht wird.

Bielefeld, den 19. Februar 1896.

Die Polizei-Verwaltung.

An die Interessenten der Leinen- und Wäsche-Branche.

Zu einer am

Mittwoch, den 19. d. M., abends 8 Uhr,
im altdeutschen Saale des Herrn Boucher,

stattfindenden Versammlung behufs Stellungnahme zur Abänderung der Gewerbeordnung (Wahl einer Deputation usw.) erlauben wir uns ergebenst einzuladen. [378

Mehrere Bielefelder und Herforder Interessenten.

Volks-Versammlung

gegen die Margarine-Vorlage.

Am Donnerstag, den 20. Februar, abends 8½ Uhr,
findet in der [371
Reichshalle, Ulmenstraße,
eine **öffentliche Versammlung** statt.

Tagesordnung:

Stellungnahme gegen die Margarine-Vorlage.

Vortrag des Herrn Handelskammer-Sekretärs **Dr. Raudt.**

Bei der Wichtigkeit des Themas ist es für alle Schichten der Bevölkerung interessant und notwendig, gemeinsam vorzugehen und energisch Protest zu erheben gegen die angestrebte Vernichtung eines so verbreiteten und billigen Volksnahrungsmittels.

Es wird daher ein Jeder zu dieser Versammlung dringend eingeladen.

Mehrere Interessenten.

Statuten, liefert schnell und sauber Buchdruckerei **„Volkswacht“.**



Soeben ist erschienen und in der Buchhandlung **„Volkswacht“** vorrätig

Ein neues lustiges Lied mit Illustrationen. — Preis **10** Pfg.

Zur März- und Maifeier

empfehle den verehrl. Arbeiter-Gesangvereinen meinen reichhaltigen Verlag von **Männer-** und **gemischten Chören** mit und ohne Orchester. Die besten Dichtungen in vorzüglicher Betonung und gewaltiger, zündender Wirkung. [358

Cataloge franko. Ansichtsendung bereitwilligst. Billigste Preise.

J. Günther, Musik-Verlag und -Handlung, Dresden, Ziegelstrasse 24.

Jahres-Abschluß

des [379

Bielefelder Konsum-Vereins, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht

Rechnungsjahr 1895.

Activa.			Passiva.		
Kassenbestand	4792	42	Geschäftsanteile	10636	—
Warenbestand	7986	93	Kautionen	15000	—
Geschäftsutensilien	61	08	Reservefonds	6800	06
Pferd, Fuhrwerksutensilien	142	57	Vortrag von Rechnung 1894		
Debitoren	21825	21	Ueberschuß am Warenverkauf 1895	17372	15
Guthaben b. d. Westf. Bank					
Wertpapiere, Hypotheken	15000	—			
	49808	21		49808	21

Die Verteilung des am Warenverkauf erzielten Ueberschusses wurde in der General-Versammlung vom 8. Februar 1896 folgendermaßen beschlossen:

4 % Kapitaldividende für vollgezahlte Anteile	Mk.	**347,70**
Ueberweisung an den Reservefonds	„	**1199,94**
Abschreibung auf Geschäftsutensilien	„	**60,03**
Abschreibung auf Pferd und Fuhrwerksutensilien	„	**141,57**
9 % Dividende von Mk. 168916,67	„	**15202,50**
Vortrag auf Rechnung 1896	„	**420,36**
	Wie oben Mk.	**17372,15**

Mitglieder-Bewegung.

Bestand am 1. Januar 1895		800
Eingetreten im Laufe des Jahres 1895	231	
Ausgeschieden am Jahresschluß 1895	137	94
Bestand am 1. Januar 1896		894

Die Geschäftsanteile vermehrten sich im Laufe des Geschäftsjahres 1895 um 1389 Mark und betrugen am Jahresschluß zusammen 10636 Mark.

Die Haftsumme, für die sämtliche Mitglieder aufzukommen haben, vermehrte sich im Laufe des Jahres 1895 um 6930 Mark und betrug am Jahresschluß 30930 Mark.

Der Vorstand
des Bielefelder Konsum-Vereins eingetr. Genossenschaft m. beschr. Haftpflicht.
H. Grosse. E. Schmidt. H. Tebbe.

P. S. Die Auszahlung der Dividende findet am 22. Februar 1896 von morgens 7 Uhr an im Kontor, Teichstraße 3, statt. Beide Bücher sind mitzubringen. Die Auszahlung der Dividende 2c. geschieht an den Vorzeiger der Bücher ohne Prüfung der Legitimation.

Arb.-Bild.-Verein

Umständehalber kann Herr Töchterschullehrer Fricke den Vortrag am Freitag nicht halten, wann derselbe gehalten werden soll, wird noch bekannt gegeben.

382 **Der Vorstand.**

Gänzlicher Ausverkauf!

Wegen Umzug verkaufe sämtliche noch vorhandene 297



Kinder-wagen und Korbsachen

zu **staunend** billigen Preisen.

Herm. Schulze,
Gehrenberg 32.

Notizbücher

in verschiedenen Größen sind zu haben in der Buchhandlung „Volkswacht“.

Feuer-,

Lebens- u. Unfallversicherungen zu **billigen** Prämiensätzen.

Otto Mirow,
Hermannstraße Nr. 61.



383

Sonnabend, den 22. Februar:

Großer Preis-Maskenball.

Anfang 7 Uhr 59¾ Minuten.

Die 6 besten Masken werden prämiiert.

Es ladet ein **W. Fohrmann.**

Fernrohre

per Stück 3,20 Mk.

Mit 4 feinen Linsen und 3 Auszügen.

Starke Vergrösserung

unter Garantie!

Jedes Fernrohr, welches nicht gefällt, nehmen sofort retour.

Preis-Katalog

sämtlicher optischer Waren, aller Arten Messer, Scheren, Schuss-, Hieb- und Stichwaffen versenden an Jedermann gratis und franko.

81 **Kirberg & Comp., Gräfrath bei Solingen.**

In der Buchhandlung „Volkswacht“ ist vorrätig:

Ratschläge zur Leitung von Versammlungen.

48 Seiten mit Umschlag.

Preis 20 Pfennige.

Die Anschaffung ist den Vorständen aller politischen und gewerkschaftlichen Vereine warm zu empfehlen.

Adolf Heine,

Kleine Kesselstraße 11 und Ritterstraße 51

empfiehlt das Neueste in 245

Kochmaschinen

in allen nur denkbaren Sorten bei vorzüglicher Qualität zu billigsten Preisen. **Gebrauchte Herde** nehme in Umtausch zurück.

Adolf Heine.

Masken-Anzüge

zu verleihen. [264

Dingemann,
Goldstraße.

Häring in Gelee Pfd. 40 Pfg., **Bismark-, Brat-** u. **marinierte Häringe** 2 Stück 15 Pfg., **Sardienen in Pickles** Pfd. 40 Pfg., Postfäßchen (5 Kilo) 1,80 Mark, **Sardellen** pro Pfd. 80 Pfg. **Berl. Rollmöpse** 5 und 6 Pfg., **Salz-** und **Essiggurken, Rote Beeten** Pfd. 30 Pfg. [380*

E. W. Ostmann,
Hagenbruchstr. 1.

Soeben ist eingetroffen in der Buchhandlung „Volkswacht“:

Der wahre Jakob

№ 250

(Nr. 4 des Jahrganges 1896).

Preis 10 Pfg.

Lehrmädchen

für Faltenhemde — auf Wunsch Kost und Logis frei im Hause — gleich oder später **sucht.**

Frau Jurkuhn,
373*] Heinrichst. 5.

Hochzeits-Einladungen

liefert schnell, sauber und billig Buchdruckerei der „Volkswacht“.

Die 99 Hauptfragen der Unfall-Versicherung.

Nach amtlichem Material **volkstümlich erörtert** und erklärt für die Arbeiter.

Preis 25 Pfg.

Vorrätig in der Buchhandlung **„Volkswacht“.**